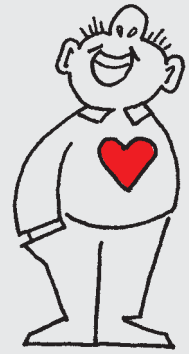


# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

4/2018 (Juli–Okt.)

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

### Entvölkerte Mitte und keine Lösung im Abwasserstreit



**Die Forster Stadtverordnetenversammlung hat mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP das Ende der Forster Innenstadt eingeläutet. Statt Menschen werden zukünftig Seerosen, Fische,**

**Obstbäume und weitere Grünflächen das Stadtzentrum bevölkern. Vielleicht erleben wir dann irgendwann die erste Rote Wildschweine um die Kirche.**

Wir als LINKE haben jahrelang versucht, diesen Irrsinn zu stoppen, leider ohne Erfolg. Dies sind auch die Folgen der Wahlen in den vergangenen Monaten und Jahren. Die seit knapp einem halben Jahr im Amt befindliche Bürgermeisterin hat die jetzigen Beschlüsse der SVV vorgelegt und sie mit ihrer Stimme auch befürwortet. Schon im Wahlkampf war von eigenständigen Ideen nicht viel zu hören und bis heute sind keine Konzepte erkennbar, wie Forst sich zukünftig sinnvoll entwickeln soll. Das Einzige, was wir nach der Wahl feststellen konnten, Frau Taubenek wurde im Wahlkampf nicht nur vom größten Bauunternehmer der Stadt unterstützt, sondern auch vom Ministerpräsidenten und seiner Partei. Die SPD-Fraktion jedenfalls überschlägt sich gerade bei ihrer Unterstützung.

Wir haben in der SVV-Sitzung letztmalig versucht, das Thema Abwassergebühren und Beiträge zu lösen, leider auch diesmal ohne Erfolg. Es wird aus Sicht der anderen Fraktionen und der Bürgermeisterin weder eine Rückzahlung der Abwasserbeiträge an die betroffenen Grundstücksbesitzer, noch die Verrechnung mit den aktuellen Gebüh-

ren geben. Nach unserer Überzeugung ist dies rechtswidrig. Den betroffenen Bürgern bleibt nun nur noch der Klageweg. Gerichtliche Verfahren vor dem Verwaltungsgericht dauern aktuell mindestens zwei Jahre und die Stadtverwaltung wird sich nicht scheuen, bei einer Niederlage auch noch das Oberverwaltungsgericht anzurufen. Dann bekommen die Betroffenen vielleicht in fünf Jahren ein rechtsverbindliches Urteil. Das Rathaus kann bei den Verfahrenskosten immer wieder ins Steuersäckel der Stadt greifen, die Bürger müssen die Verfahren selbst finanzieren. Dies weiß unsere Bürgermeisterin als Volljuristin natürlich ganz genau. Die Abstimmung zu unserem Antrag erfolgte namentlich. Im Protokoll der Sitzung ist also das Abstimmungsverhalten aller anwesenden Stadtverordneten zu erkennen. Herr Bayer aus der CDU-Fraktion kritisierte dies, weil er lieber mit seiner Abstimmung anonym bleiben wollte. Ich dachte immer, wir stehen mit dem Gesicht zum Volk und vertreten unsere Positionen auch gegenüber dem Bürger.

Frau Korittke als stellvertretende Bürgermeisterin und Verwaltungsvorstand Bauen wurde in der SVV per Beschluss mit einem monatlichen finanziellen Zuschlag von 135 Euro belohnt. Damit wird auch ihr Gehalt, rechtlich übrigens durchaus zu-

lässig, genauso aufgewertet wie zuvor die Gehälter der Bürgermeisterin und ihres ersten Stellvertreters.

In diesem Fall ist die Angelegenheit aber von besonderer Bedeutung. In der Sitzung im Juni dieses Jahres hat Frau Korittke der SVV vor einer Abstimmung zur Forster Wohnungsbaugesellschaft wesentliche Informationen vorenthalten. Dies kann sowohl für die FWG und für die Stadt zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. Auch darüber werden am Ende wahrscheinlich Gerichte entscheiden. Frau Korittke wird den möglichen Schaden sicher nicht tragen. Der Fall Maaßen lässt grüßen. Zum Schluss noch eine Information für alle Anwohner der Cottbuser- und der Euloer Straße. Im Hauptausschuss der Stadt wurde einer Planung zugestimmt, bei der es beim Neubau der Straße zwischen der Schule Eulo und dem Ortsausgang Forst keinen Radweg geben wird, sondern einen für Kraftfahrzeuge überfahrbaren Radstreifen, der auf die Straße aufgemalt wird. Die Ampel an der Grundschule soll einer Fußgängerquerung weichen. Wer dies für falsch hält, sollte jetzt tätig werden. Verantwortlich für den Bau ist das Land Brandenburg.

**Ingo Paeschke,**

*Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE der SVV Forst*

### #UNTEILBAR

#### Solidarität statt Ausgrenzung

**Auf zur GROSSDEMO nach Berlin: Für eine offene und freie Gesellschaft!  
13. Oktober 2018, Alexanderplatz, Auftakt 12.00 Uhr, Demo ab 13.00 Uhr**

»Es findet eine dramatische politische Verschiebung statt: Rassismus und Menschenverachtung werden gesellschaftsfähig. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist kurz darauf Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt. Wir lassen nicht zu, dass Sozialstaat, Flucht und Migration gegeneinander ausgespielt werden.« (Auszug aus dem Bündisaufruf)

Mehr Infos dazu unter: [www.unteilbar.org](http://www.unteilbar.org)

### Spruch des Monats

»Wer heute den Kopf in den Sand steckt, wird morgen mit den Zähnen knirschen.«

Anonym

### 1. Antifa-Besuch aus Thüringen

Die Gedenkstätte der Antifaschisten auf dem Friedhof ist repariert. Es wurden neue Deckplatten aufgesetzt und damit dem weiteren Verfall Einhalt geboten. Hier hat die Stadtverwaltung auf unsere Hinweise rechtzeitig reagiert, dafür unser Dank.

Als wir mit unseren Gästen, einer Antifa-Gruppe aus Thüringen, die Gedenkstätte Ende Mai besuchten, war der Zustand noch bedenklich.

Diese 26. Bildungsreise der Thüringer begab sich auf die Spuren der letzten Häftlinge des KZ Bad Sulza in das KZ Lichtenburg (Prettin), dann nach Buchenwald. Die Teilnehmer besuchten die Stadt Frankfurt (Oder) mit antifaschistischer Stadtführung und einem Gedankenaustausch mit Vertretern der VVN, beschäftigten sich mit der Geschichte und Gegenwart der Europastadt Guben/Gubin und gedachten der ermordeten Juden auf dem jüdischen Friedhof. Sie erholten sich bei einer Kahnfahrt im Spreewald und erkundeten die Stadt Forst, wo sie auch übernachteten. Gemeinsam besuchten wir das Denkmal am Platz des Friedens, den Gedenkstein am Wasserturm, das sowjetische Ehrenmahl und die Gedenkstätte der Antifaschisten, wo ein Gebinde niedergelegt wurde.



auch in unserer unmittelbaren Umgebung stattfanden, Farbe. Mit der Schaufenstergestaltung unserer Geschäftsstelle wurde ebenfalls auf die Gefahren solcher militärischer Manöver aufmerksam gemacht.

**Zitat: Rüstungswahnsinn – Sinnbild für unsere kranke Welt**

Sahra Wagenknecht: »Da werden Jahr für Jahr 900 Milliarden Dollar für Mordwerkzeuge ausgegeben. Ein Zehntel davon würde ausreichen, damit auf diesem Planeten kein Kind mehr verhungern müsste oder an Armutskrankheiten sterben müsste.«

10.06.2018 Leipziger Parteitag

### 3. Protestaktion vor DRK-Jubiläumsfeier

»Wir haben keinen Grund zu feiern«



Im Vorfeld der am 25.08.2018 stattgefundenen Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen des DRK-Pflegeheims »Haus am Rosengarten« und des Betreuten Wohnens, fand eine Kundgebung statt. Es versammelten sich Mitarbeiter mit ihren Familien und der Gewerkschaftssekretär Ralf Franke (ver.di) sowie viele Vertreter der LINKE, u. a. Cornelia Janisch, Vorsitzende des Ortsvorstandes, vor dem Heim des Deutschen Roten Kreuzes.

Damit die Veranstaltung der Bewohner nicht gestört wurde, fand die Kundgebung eine halbe Stunde vor Beginn statt. Durch ver.di und die Teilnehmer wurden vor allem die Verzögerungsstrategie bei den aktuellen Tarifverhandlungen und der Umgang mit engagierten Mitarbeitern aus der Tarifkommission und dem Betriebsrat kritisiert. So besteht beispielsweise der Verdacht, dass der Sozialverband Abteilungen schließt, um Betriebsratsmitglieder und Tarifkommissionsmitglieder zu kündigen. Außerdem berichten die Mitarbeiter von Abmahnungen und anderen aus ihrer Sicht ungerechten Schikanen.

Robert Otto

### 4. Nachlese Sommerfest DIE LINKE Forst

Das traditionelle Sommerfest des Ortsverbandes fand in diesem Jahr am Freitag, dem 13. Juli, im Garten der Familie Beier statt. Mehr als 40 Genossinnen und Genossen ließen sich nicht von diesem Datum abschrecken. Bei schönstem Sommerwetter begrüßten wir unsere Landtagsabgeordnete Anke Schwarzenberg und Vertreterinnen des Kreisvorstandes zu unserem Fest. Tradi-



Schleifen für Blumengebinde, auch an den Gedenkstätten in Frankfurt und Guben, hatten die Genossinnen selbst mitgebracht, die Gebinde haben wir in Forst bestellt.

Für die Abreiseversorgung in Form einer leckeren Bratwurst konnten wir unseren Freund Sakis gewinnen.

Obwohl der Reisegrund ein ernster war, erfreuten die Thüringer jeden Abend die Gäste des Hotels mit lustigen Gesängen zur Gitarre.

Auf der Stadt- und Gedenkstättenbesichtigung in Forst begleiteten Horst Beier, Elke Schubert und Günther Mattern die Gäste. Dabei wurden an den Abenden, aber auch auf der Fahrt durch Forst, viele interessante Gespräche geführt. **Günther Mattern, stellv. Vorsitzender des OV Forst DIE LINKE**

### 2. Demo Ende Mai



Unter dem Motto »Frieden erhalten – keine US-amerikanischen Panzer auf Brandenburger StraÙen!« bekannte die LINKE Forst im ersten Halbjahr anlässlich von Truppenverschiebungen der Nato in Richtung Osten, die

tionell berichtete nicht nur Anke von der Arbeit im Landtag, sondern es wurden auch zahlreiche Gespräche von unseren Genossinnen und Genossen mit unseren Abgeordneten der SVV Forst geführt. Nach dem leckeren Essen, kühlem Bier und einem Gläschen Bowle plauderte es sich besonders leicht.

Dank an Familie Beier und den Helferinnen und Helfern für die alljährliche sehr gute Vorbereitung.

Link für die Fotos unseres Festes: [http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ov\\_forst/](http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ov_forst/)

*Cornelia Janisch,  
Vorsitzende OV Forst DIE LINKE*

## 5. Zuckertüten zum 1. Schultag

Zum Schulbeginn am 20.08.2018 verteilte der Ortsverband DIE LINKE Forst bereits zum 3. Mal in Folge 100 Zuckertüten an die Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasiums in Forst. Damit wurde ihnen der Start in das neue Schuljahr versüßt. Ein Flyer informierte gleichzeitig über die anstehende Filmvorführung zum Weltfriedenstag am 1. September und lud zum Freigetränk »rote Brause« ein.

Ein Dankeschön nochmals an die fleißigen Helferinnen zum Füllen der Tüten.

*Cornelia Janisch*

## Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

— Anke Schwarzenberg, MdL —



### Was läuft beim Breitbandausbau schief und worüber

#### muss der Kreistag entscheiden?

Fast jeder beklagt den schleppenden Ausbau von Breitband und betont, andere Länder haben das besser im Griff. Der Ruf nach der Politik ist laut. Bund und Länder haben deshalb verschiedenste Förderprogramme aufgelegt.

Was ist so kompliziert in Deutschland beim Ausbau der digitalen Infrastruktur?

In der Enquetekommission des Brandenburger Landtages zur Zukunft der ländlichen Räume haben wir uns auch mit dem Thema Digitalisierung beschäftigt.

Wir waren uns fraktionsübergreifend einig, dass die flächendeckende Bereitstellung von digitaler Infrastruktur eine Leistung der Daseinsvorsorge ist und nicht der Privatwirtschaft allein überlassen werden sollte. Denn Fakt ist, die ausbauenden Firmen bestimmen das Tempo, wann die Bürgerinnen und Bürger einen Anschluss in welcher Qualität auch immer bekommen. Die Bundesregierung hat den Breitbandausbau dem freien Markt überlassen, und damit war klar, dass lukrative Regionen besser, schneller und kostengünstiger versorgt werden als dünnbesiedelte und abgelegene, wenig wirtschaftlich attraktive Regionen.

Das ist ein Grund, in Deutschland einen gesetzlich geregelten Versorgungsauftrag zur Bereitstellung von digitaler Infrastruktur zu fordern.

Das ist übrigens schon lange eine Forderung der LINKEN, die bisher keine Mehrheit gefunden hat.

Eine digitale Infrastruktur von der auch Kommunen profitieren können.

Was wir jetzt haben, ist ein Flickentepich. In den Städten und Gemeinden gibt es einen unterschiedlichen digitalen Ausbaustand mit unterschiedlichen großen und kleineren privaten Anbietern, selten von Kommunen. So kommt es vor, dass in vielen Städten und Dörfern je nach Wohnlage eine völlig unterschiedliche Verfügbarkeit von Breitband und Mobilfunk existiert.

Und, die Bundesregierung drückt auf Tempo, seit diesem Frühjahr gibt es eine neue Förderrichtlinie mit neuen Ausbauzielen

bis hin zu Gigabit. Die Voraussetzungen für eine Gigabit-Gesellschaft sollen geschaffen werden. Dazu bedarf es eines Glasfasernetzes bis in die Wohnung und nicht nur bis an den Verteiler. Denn bisher wurde das nicht konsequent von vielen ausbauenden Firmen gesichert, sondern stattdessen Kupferkabel verwendet, welches bei Weitem nicht die Leistung erreicht wie Glasfaser.

Die bereitgestellten großen Summen von Fördermitteln sollen als Anreiz für die ausbauenden Firmen dienen, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen und die weißen Flecken im Land abzudecken.

Die Fördermittel sind an Kriterien gebunden, auf bereits erhaltene Förderung ist zu achten. Städte, die kein Netz von Leerrohren haben, müssen Kabel neu verlegen, dürfen nicht alle bereits liegenden Glasfaserkabel nutzen, dürfen private Kabel anderer Unternehmen nicht überbauen usw.

Ob die kleinen privaten Unternehmen mit dem Ausbau Schritt halten, bleibt abzuwarten.

Die Veränderung der Förderrichtlinie im Frühjahr dieses Jahres kommt viel zu spät, denn viele Kommunen befinden sich in der Endphase zum Ausbau bzw. in der Ausschreibungsphase für ihr Gebiet und sind jetzt gezwungen, wieder Änderungen vorzunehmen, die den Ausbau um weitere Monate verzögern werden.

Das betrifft auch den Spree-Neiße-Kreis. Der Kreistag muss im Oktober entscheiden, ob er seine Ausschreibung aufhebt und neu ordnet und dem Förderprogramm der Bundesregierung zur Schaffung der Gigabit-Infrastrukturen folgt, oder den Ausbau im Megabit-Bereich weiterführt.

Es hätte auch anders kommen können, denn der Ausbau von Glasfasernetzen spielte schon Anfang der 90er-Jahre zumindest im Osten eine große Rolle. Leider wurde durch große Unternehmen die DSL-Technik bevorzugt, die nicht kompatibel mit dem Glasfasernetz ist und zu der heutigen unbefriedigten Situation führte.

Dass es anders gehen könnte, zeigen gute Beispiele aus Kommunen und dem Land Schweden z.B. ein gut ausgebautes Netz von Leerrohren in Kommunen, welche die verschiedenen Anbieter nutzen könnten.

Kommunen mit einem solchen Netz von

Leerrohren können vor allem die Kosten im Rahmen halten, und sie haben die Übersicht über die verschiedensten Kabelverläufe.

Was wir brauchen, ist eine digitale Infrastruktur in Verantwortung der Bundesnetzagentur, ansonsten werden wir uns in dem Kabelwirrwarr verirren.

### Weitere Infos aus dem Landtag

Am 19./20./21.09.2018 kam der Brandenburger Landtag zu seiner planmäßigen Beratung zusammen. Folgende Themen standen u. a. auf der Tagesordnung (Auszüge):

- Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes 2019/2020 in Verbindung mit dem Finanzausgleichsgesetz, dem Finanzplan und der Personalbedarfsplanung 2022
- Sicherheit bei der Arzneimittelversorgung von Patientinnen und Patienten ausbauen, stärken und garantieren. Hier ging es vor allem darum, erste Konsequenzen aus dem Lunapharm-Skandal zu ziehen, wie bedarfsgerechte Personalausstattung der Aufsichtsbehörden, Prüfung und Änderung von Verfahrensabläufen, Erarbeitung einer Bundesratsinitiative zur Streichung der Importquote von Arzneimitteln u. a.
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalplanung – Mit der Änderung des Gesetzes haben Kommunen mit mindestens 5 000 Einwohnern in Zukunft ein Stimmrecht in den Regionalversammlungen, die Anzahl der Regionalräte wird von 40 auf 60 erhöht
- Dürrehilfen für die Landwirte: Beschlossen wurde, das angekündigte Bund-Länder-Programm unverzüglich vertraglich zu vereinbaren, um eine schnelle Wirksamkeit zu erreichen. Der Landtag unterstützt die Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg für eine steuerfreie Risikorücklage für die Landwirte.

Weitere Informationen aus dem Landtag vom 19. bis 21.09.2018 finden Sie unter [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de) oder [www.malxeblatt.de](http://www.malxeblatt.de)

*Anke Schwarzenberg,  
MdL Brandenburg Fraktion DIE LINKE*

## Newsletter

### Klare Haltung und viel zu tun

Die Brandenburgische Landesvorsitzende Anja Mayer erklärt zum aktuellen Brandenburg-Trend:

»Die Werte der LINKEN Brandenburg sind stabil und angesichts der politischen Großwetterlage in Berlin und der Diskussionen, die wir hier im Land haben, keine Selbstverständlichkeit. Der Doppelhaushalt setzt die richtigen Schwerpunkte zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Land. **So haben wir schon 2015 eine Sozialstaatsgarantie abgegeben, die besagt, dass keine Leistungen für Geflüchtete zu Lasten derer gehen, die hier schon länger leben.** Wir investieren in die soziale Sicherheit, in die Infrastruktur, in Gesundheit und Pflege und vieles mehr. Dies sind alles Punkte, die für linke Politik stehen. Hier hat DIE LINKE gute Antworten, auch wenn es noch viel zu tun gibt. Wir müssen die sozialen Ungerechtigkeiten angehen und nicht Minderheiten gegeneinander ausspielen. Das geht nur mit klaren Haltungen und praktischer Politik.«

20. September 2018

### Bericht zum Stand der Deutschen Einheit – Vertrauensverlust in Staat und Parteiendemokratie ist das größte Problem

»Im Osten ist der Vertrauensverlust gegenüber Staat und Parteien mit Händen zu greifen. 28 Jahre lang haben die Ostdeutschen versucht, über ihre Erfahrungen und ihre Enttäuschungen zu sprechen. Die Bundesregierung hat nicht zugehört. Das merkt man auch dem aktuellen Bericht zum Stand der Deutschen Einheit an: Nicht nur die Wirtschaft im Osten hinkt dem Westen hinterher – auch der Bericht

hinkt der Wirklichkeit hinterher. Längst geht es nicht mehr allein darum, wie groß die Abstände bei Renten, Löhnen oder Wirtschaftskraft sind. Es geht um den Abstand an sich, es geht um die Zurücksetzung der Ostdeutschen, die sich seit 28 Jahren verfestigt, anstatt zu schwinden. Die Geduld vieler Ostdeutscher ist aufgebraucht«, sagt Matthias Höhn, Ostbeauftragter der Fraktion DIE LINKE. Höhn weiter:

»Es geht weniger als oft behauptet wird um Prägungen aus der DDR. Es geht vielmehr um die Nachwende-Zeit: um die Erfahrungen mit Treuhand, Arbeitslosigkeit und Rentenüberleitungsgesetzen, die bis heute Auswirkungen haben. Die meisten Ostdeutschen bewerten die Bundesrepublik an ihren eigenen Maßstäben: gleichwertige Lebensverhältnisse, Diskriminierungsverbote und eine Marktwirtschaft, die eine soziale sein sollte. Diese Maßstäbe gelten aber nicht für Ostdeutsche, denn sie besetzen nicht die Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft, Medien oder Wirtschaft. Nicht mal im Osten. Zudem verdienen sie weniger, besitzen weniger und werden folglich weniger wertgeschätzt als der Durchschnitt der Westdeutschen.

Diese Enttäuschung bricht sich in einer Stimmung Bahn, die die liberale Demokratie infrage stellt – mit besonderer Brisanz in Ostdeutschland. Deshalb: Wer Zugehörigkeit will, muss Zusammenhalt auch ermöglichen. Ostdeutsche Frauen und Männer sind ebenso Teil dieses Landes wie Bayern oder Niedersachsen. Deshalb müssen auch sie in Spitzenpositionen aufrücken können.

Wir brauchen beides: eine andere Kultur, die konkrete Anerkennung für ostdeutsche Lebensleistung, eine gezielte Förderung ostdeutscher Karrierewege und die Stärkung der Demokratie durch soziale Teilhabe. Die Versäumnisse der Bundesregierung, der Abbau des Sozialstaats, die Privatisierung von Rente und Gesundheitsvorsorge, haben negative Folgen in Ost und West. Deshalb muss die Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, die sich heute konstituiert, einen klaren Kurs setzen für Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und sozialstaatliche Sicherungen.«

26. September 2018

### Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 16.10.: 18.30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Di., 23.10.: 18.30 Uhr Fraktionssitzung
- Do., 25.10.: 18.30 Uhr Treff Linksrum
- Di., 20.11.: 18.30 Uhr Fraktionssitzung
- Di., 27.11.: 18.30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Do., 29.11.: 18.30 Uhr Treff Linksrum
- Do., 04.12.: 18.30 Uhr Fraktionssitzung
- Mo., 10.12.: 18.30 Uhr AG Malxeblatt
- Di., 18.12.: 18.30 Uhr Ortsvorstand

### Dubiose Unterstützer

Die AfD will wegen Unregelmäßigkeiten in den letzten Wahlkämpfen gegen eine wichtige Unterstützerorganisation klagen. Es handelt sich jedoch nicht um die CSU. **Patrick Fischer**  
(aus Eulenspiegel Nr. 9/18)

## PINNWAND

### Soziale Bürgerberatung Döbern am 14. November (weiter 14-täglich) jeweils von 10 bis 13 Uhr

in der Begegnungsstätte  
Betreutes Servicewohnen des DRK,  
Forster Straße 14.

### Soziale Rechtsberatung Cottbus findet weiterhin statt

### Beschäftigungstherapie

Horst Seehofer hat angekündigt, demnächst auf Twitter aktiv zu werden. Sollte er, wie Trump, dadurch weniger Zeit für das eigentliche Regierungsgeschäft haben, muss das keine schlechte Nachricht sein. **PF**

### Geburtstage

- 09.08.: 86 Jahre Edith Witzel
- 10.08.: 80 Jahre Gerhard Böcking
- 14.09.: 66 Jahre Knut Brandtstätter
- 14.09.: 78 Jahre Horst Meißner
- 18.09.: 68 Jahre Gisela Berth
- 19.09.: 89 Jahre Elfriede Koch
- 22.10.: 75 Jahre Johanna Spaarschuh
- 20.11.: 68 Jahre Günther Mattern
- 28.11.: 86 Jahre Arthur Kannenberg
- 07.12.: 76 Jahre Dietrich Richter
- 28.12.: 63 Jahre Sigrid Rebuck

*Herzlichen Glückwunsch  
unseren Jubilaren, auch all denen,  
die hier nicht genannt sind!*

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:  
[malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.